

ENERGIE: Windflaute auf der Hüttenfelder Mülldeponie / Betrieb würde Verluste einfahren

ZAKB stoppt Windkraftanlage

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach

HÜTTENFELD. Der Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) hat sein Vorhaben aufgegeben, auf der ehemaligen Mülldeponie bei Hüttenfeld eine Windkraftanlage zu errichten. Dies ist das Ergebnis einer gestrigen Klausurtagung mit den führenden Vertretern des Verbandes. Nach einer zweieinhalbjährigen Vorbereitungsphase ist der ZAKB zu dem Schluss gekommen, dass eine solche Anlage nicht wirtschaftlich betrieben werden könnte.

ZAKB-Geschäftsführer Gerhard Goliasch und der Abteilungsleiter für Energiewirtschaft beim Zweckverband, Sascha Bocksnick, geben das Ergebnis vor Pressevertretern in nüchterner, pragmatischer Haltung bekannt. Doch die Enttäuschung ist ihnen anzumerken. Zusammen mit dem Kreisbeigeordneten Matthias Schimpf machen sie am Sitz des Verbandes in Hüttenfeld deutlich: Die Windkraftanlage wäre aller Voraussicht nach gebaut worden - wenn die Ergebnisse der Windmessung besser ausgefallen wären. In der Machbarkeitsstudie, auf die sich das Verfahren zu Beginn stützte, war noch von einer Windstärke von 5,5 Metern pro Sekunde ausgegangen worden. Dieser Wert war vom TÜV für das Ried in einer Höhe von 140 Metern errechnet worden.

Ernüchterung nach Messungen

Doch nach den Windmessungen auf der Deponie, die im vorigen Jahr durchgeführt worden waren, trat Ernüchterung ein: Im Jahresmittel wurden lediglich 4,71 Meter pro Sekunde gemessen. Projiziert auf einen Zeitraum von 20 Jahren kamen die Fachleute lediglich auf 4,98 Meter. Basierend auf diesen Werten würde der ZAKB keine Erlöse erwirtschaften - sondern ein jährliches Defizit von knapp 100 000 Euro.

Dies aber widerspräche den Prinzipien des Zweckverbands, wonach sich die Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien selbst finanzieren müssen. Eine Quersubventionierung, etwa mit Hilfe der Gebühren, käme demnach nicht in Frage. Gesiegt hat denn auch die "Eindeutigkeit der Zahlen", bringt es Kreisbeigeordneter Matthias Schimpf auf den Punkt. Ein solches Projekt lasse sich eben nicht "auf Gedeih und Verderb" durchsetzen. Schließlich weiß selbst der Grünen-Politiker: "Energiewende hat auch immer etwas mit Wirtschaftlichkeit zu tun."

Aber nicht nur die schlechten Messergebnisse haben letztlich dazu beigetragen, dass der ZAKB sein Projekt fallen ließ, sondern auch die Auflagen des Darmstädter Regierungspräsidiums. Demnach hätte die Windkraftanlage zum Schutz bestimmter Tierarten mehrmals im Jahr abgeschaltet werden müssen, wie Schimpf verdeutlicht. Damit hätte sich die Ertragslage aber noch weiter verschlechtert.

Schimpf sagt zwar, die Anlage auf der Deponie wäre die erste im Kreis gewesen. Sie sei aber "nur eines von vielen Projekten", die der ZAKB mit seiner Strategie, regenerative Energiepotenziale zu nutzen, verfolge. So werde nun geprüft, den dritten Bauabschnitt auf der Deponie ebenso mit Photovoltaik-Modulen auszustatten. Obendrein verfolge der ZAKB auch künftig das Ziel, das Nahwärmenetz auszubauen, Bioabfälle und Sonnenenergie zu nutzen.

ZAKB-Geschäftsführer Gerhard Goliasch kalkuliert den Triumph der Hüttenfelder Bürgerinitiativen gegen die Windkraftanlage kühl ein. "Das alles haben wir mit Tapferkeit ertragen", sagt er zu den teilweise heftig geäußerten Protesten in der Öffentlichkeit. Er sieht aber keinen Anlass für Reue. Die Vorgehensweise in diesem "abgestuften Verfahren", bei der die Beteiligten Schritt für Schritt alle formalen, ökologischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Belange abgearbeitet hätten, sei korrekt gewesen.

PLANUNG EINER WINDKRAFTANLAGE – UND DIE REALITÄT

Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen des ZAKB für den Betrieb einer Windkraftanlage basierten auf einer Windstärke über dem Deponiegelände von 5,5 Metern pro Sekunde.

Demnach wäre bei einer Investitionssumme von rund 5 Millionen Euro und einem Jahresstromertrag von 5,5 Millionen Kilowattstunden ein Jahresüberschuss von knapp 70 000 Euro erzielt worden.

Tatsächlich wurden im Jahresmittel 2014 aber nur 4,71 Meter gemessen.

Ausgehend von einer langfristig errechneten Windstärke von durchschnittlich 4,98 Metern verringert sich der voraussichtliche Energieertrag um rund 30 Prozent: von 5,5 auf 3,9 Millionen Kilowattstunden im Jahr.

Aus dem Jahresüberschuss von 70 000 wird dadurch ein Defizit von über 98 000 Euro.

Die Kosten für Planung, Gutachten, Rechtsberatung, Gebühren und Windmessung beziffert der ZAKB auf mehr als 462 000 Euro.

Die Summe werde über Erträge der Energieanlagen gedeckt.

Die Gebührenzahler würden nicht belastet. urs